

# Krieg – Friedensarbeit – Gewaltlosigkeit. Was können wir tun?

Gerhard Lohfink

Vortrag bei einer Begegnung der Katholischen Integrierten Gemeinde Wangen mit Freunden und Gästen am 15. Februar 2003:

## 1

**Wir haben heute zum Krieg ein anderes Verhältnis als die Europäer beim Ausbruch des 1. Weltkriegs. Wir alle wollen Frieden und nicht Krieg. Die Frage ist allerdings: Was ist der richtige Weg zum Frieden?**

Die Kriegsbegeisterung des August 1914 in Deutschland und in anderen Ländern Europas ist uns heute nicht mehr nachvollziehbar. Die alten Bilder und die Schilderungen unserer Großeltern stehen uns aber noch immer vor Augen: Soldaten, die begeistert und mit Blumen geschmückt in den Krieg ziehen, die vaterländischen Lieder, das Jubelgeschrei der Massen, das Volk, das sich nun endlich ganz eins und einmütig fühlt.

Die Schriftstellerin Gertrud Bäumer, die eine wichtige Rolle in der Frauen-Emanzipation spielte, beschrieb später diese Masseneuphorie, die in Deutschland im August 1914 herrschte, mit den Worten: „Die Schranken unseres Ichs durchbrechen, unser Blut flutete zu dem Blut der anderen, wir fühlten uns eines Leibes werden in mystischer Vereinigung.“

Um Ihnen noch eine weitere Anschauung zu geben von dem, was damals viele fühlten: Die deutsche Kriegspropaganda scheute sich nicht, den folgenden unsäglichen Text auf Kriegs-Postkarten zu verbreiten:

Bei Soissons wurden die feindlichen Reih'n  
Von den tapfern Deutschen geschlagen,  
Da stellt nach der Schlacht Kaiser Wilhelm sich ein,  
Um den Helden ein Dankwort zu sagen.

Und wo der geliebte Herrscher erscheint,  
Erheben sich grüßend die Hände.  
Aus tausenden kräftigen Stimmen vereint,  
Gab's ein Jubelgeschrei ohne Ende.

Danach schritt der Kaiser, der sichtlich bewegt  
Auf das Feld, wo vor wenigen Stunden  
Die Helden zur ewigen Ruh' man gelegt,  
Die den Tod auf dem Schlachtfeld gefunden.

Am Grab eines Jünglings stand der Kaiser gebannt  
Kaum „Siebzehn“ – im Grab bei den Alten –.  
Der Herrscher von Wehmut jetzt übermannt  
Konnt' der Tränen sich nicht mehr enthalten.

Er betete Worte – kerndeutsch – treu wie Gold,  
Vor denen ein Weltall sich beuge:  
„Gott Vater im Himmel – ich hab's nicht gewollt.  
Du weißt es – Du bist mein Zeuge.“

Das ist nicht nur grausamer Kitsch. Dadurch, dass Gott in das Ganze hineingezogen

wird, nähert sich dieser Text auch der Gotteslästerung. Er zeigt – und deshalb wurde er zitiert: Wir haben heute einfach ein anderes Verhältnis zum Krieg. Wir sehen ihn weder als etwas Großes und Hehres, noch als etwas Übel. Krieg ist stets ein schreckliches Übel. Darin sind wir uns wohl alle in diesem Saal einig. Vielleicht sind wir uns aber auch einig im Hinblick auf ein nüchternes Wort des ehemaligen amerikanischen Außenministers Henry Kissinger:

„In der Politik hat man meist nicht die Wahl, zwischen gut oder böse, richtig oder falsch zu entscheiden, sondern man muss zwischen zwei Übeln wählen: einem kleineren oder einem größeren Übel.“

## 2

**Der Weg zu einem universalen Völkerfrieden leuchtet schon im Alten Testament auf, vor allem in Jesaja 2,1–5: Israel geht seinen Weg gemäß der Weisung JHWHs.**

Im Alten Testament wird der Beter des Psalters gemahnt, den Frieden zu suchen, ja ihm nachzujagen (Ps 34,15). Er soll den Frieden aber nicht nur mit seiner ganzen Kraft suchen. Dem Beter wird im Alten Testament auch eine ungeheuerliche Friedensvision vor Augen gestellt. Denn damals lebten die Menschen genau wie heute in einer zerrissenen und zerstrittenen Welt, in der es keinen Frieden gab. Diese große Friedensvision des Alten Testaments steht im 2. Kapitel des Jesaja-Buches. Sie lautet:

„Das Wort, das Jesaja, der Sohn des Amoz, in einer Vision über Juda und Jerusalem gehört hat.

Am Ende der Tage wird es geschehen: Der Berg mit dem Haus des Herrn steht fest gegründet als höchster der Berge. Er überragt alle Hügel. Zu ihm strömen die Völker. Viele Nationen machen sich auf den Weg. Sie sagen: Kommt, wir ziehen hinauf zum Berg des Herrn und zum Haus des Gottes Jakobs. Er zeige uns seine Wege, auf seinen Pfaden wollen wir gehen. Denn von Zion kommt die Weisung des Herrn, aus Jerusalem sein Wort. Er spricht Recht im Streit der Völker, er weist viele Nationen zurecht. Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg.

Ihr vom Haus Jakob, kommt, wir wollen unsere Wege gehen im Licht des Herrn.“  
(Jes 2,1–5)

In dieser Vision geht es um die ganze Menschheit, nicht nur um Israel. Es geht um den universalen Völkerfrieden. Aber wie

kommt er zustande? Nicht in der Weise, dass die Völker von sich aus zur Vernunft kommen und begreifen, dass es ja viel einfacher und auch viel kostengünstiger wäre, jede Rüstung einzustellen und in Gerechtigkeit und Friede miteinander zu leben. So läuft es eben nicht in der Welt. Gott ist da viel realistischer. Er beginnt an *einem* Ort der Welt – mit einer Gesellschaft, die anders ist, die auf seine Verheißung, auf sein Wort vertraut und die so ihren Weg „in seinem Licht“ geht. Dann wird es geschehen, dass Israel zur „Stadt auf dem Berg“ wird, zu einem Vorort des Friedens, zu dem die Völker fasziniert hinblicken. Weil es als Gesellschaft den Frieden lebt, überragt das Gottesvolk die zerstrittenen Völker der Welt. Gottes Friedenswille für alle Völker gewinnt Boden über die Verwandlung eines einzigen Volkes.

Eine der Grundlinien dieser Vision ist also: An *einer* Stelle der Welt muss die veränderte Gesellschaft anfangen. Andernfalls hat der universale Friede keine Chance. Eine zweite Grundlinie: Auch das Gottesvolk kann es nicht aus eigener Anstrengung. Gott selbst setzt den neuen Anfang. Und er wird Erfolg haben. Welch eine Vision!

Wir brauchen solche Visionen. Sie sind noch wichtiger als die konkreten Maßnahmen der Politiker. Denn nur wer für den Frieden die richtige Vision hat, wird den konkreten Weg finden, wahren Frieden zu schaffen. Andernfalls läuft er mit all seinen Aktivitäten ins Leere. Antoine de Saint-Exupéry hat einmal geschrieben:

„Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Leute zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern wecke in ihnen die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“

Eine solche Vision ist Jes 2. Und doch ist es viel mehr als eine Vision. Denn an seinem Ende sagt dieser Text – an die Adresse Israels gerichtet: „Ihr vom Haus Jakob, kommt, wir wollen unsere Wege gehen im Licht des Herrn.“ Das Gottesvolk fängt also in seinen eigenen Reihen mit dem Frieden an, selbst wenn es in der Weltgesellschaft diesen Frieden noch gar nicht gibt.

Was aber heißt: „Wir wollen unsere Wege gehen im Licht des Herrn“? Es kann nur bedeuten: Wir wollen die Tora befolgen, wir wollen die Sozialordnung des Gottesvolkes leben, die schon immer darauf angelegt war, eine gerechte, solidarische Gesellschaft zu ermöglichen. Diese Sozialordnung, diese Weisung Gottes an Israel, sagt zum Beispiel in Lev 19:

„Ihr sollt in der Rechtsprechung kein Unrecht tun. Du sollst weder für einen Geringen noch für einen Großen Partei nehmen.

Gerecht sollst du deinen Stammesgenossen richten. Du sollst deinen Stammesgenossen nicht verleumden und dich nicht hinstellen und das Leben deines Nächsten fordern. Ich bin der Herr.

Du sollst in deinem Herzen keinen Hass gegen deinen Bruder tragen. Weise deinen Stammesgenossen zurecht, so wirst du selbst keine Schuld auf dich laden. An den Kindern deines Volkes sollst du dich nicht rächen und ihnen nichts nachtragen. Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Ich bin der Herr.“ (Lev 19,15–18)

### 3

**Dem neutestamentlichen Gottesvolk ist dieser Weg durch die Weisung und das Beispiel Jesu endgültig ermöglicht: Es ist der Weg der Gewaltlosigkeit, der Feindesliebe und der gegenseitigen Versöhnung auf dem Boden einmütiger Gemeinden.**

Inhaltlich gesehen bringt die Bergpredigt Jesu gegenüber dem Alten Testament kaum etwas Neues. Sie ist nur eine unerhörte Konzentration auf das Wesentliche und eine radikale Sammlung auf die eine Mitte, in der das, was Gott will, nun endgültig sichtbar wird: in Jesus Christus und in seinem Jüngerkreis.

Hier ist dem Gottesvolk die Mitte, die Keimzelle geschenkt worden, in der die Vision des Jesaja endlich real wird: in der Gewaltlosigkeit Jesu und seiner Jünger (als Petrus das Schwert zieht, wird es ihm von Jesus verboten). Real auch in der unablässigen Versöhnung (als Petrus fragt, wie oft er seinen Mitbrüdern verzeihen müsse, etwa siebenmal, bekommt er von Jesus zur Antwort: siebenundsiebzigmal, also immer). Jesus bringt in der Bergpredigt das, was schon im Alten Testament angelegt war, in seine letzte Klarheit und Radikalität. „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Lanzen zu Winzermessern“ – das lautet nun:

„Wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halt ihm auch die andere hin. Und wenn dich einer vor Gericht bringen will, um dir das Hemd wegzunehmen, dann lass ihm auch den Mantel. Und wenn dich einer zwingen will, eine Meile mit ihm zu gehen, dann geh zwei mit ihm. Wer dich bittet, dem gib, und wer von dir borgen will, den weise nicht ab.“ (Mt 5,39–42)

Solche Sätze, vor denen wir zunächst nur erschrecken können, werden auf Dauer nur von Menschen realisiert, die im Glauben an Jesus Christus in einem fest verknüpften Miteinander, eben als Jünergemeinde, leben. Wir können von unseren heidnischen Mitbürgern nicht verlangen, dass sie vor Gericht auf ihr Recht verzichten. Erst recht können wir vom Staat nicht verlangen, er möge davon Abstand nehmen, durch seine Organe Recht durchzusetzen.

Polizisten, die Verbrechern auch noch die andere Backe hinhielten – das wäre absurdes Theater und öffnete dem gesellschaftlichen Chaos Tür und Tor. Aber ein Christ, der in

einer neutestamentlich verfassten Gemeinde lieber Unrecht an sich geschehen ließe als zurückzuschlagen – das ist denkbar, vor allem wenn man davon ausgeht, dass dann andere in der Gemeindeversammlung für ihn eintreten und sagen: „Was ist denn da eigentlich passiert? Das können wir so nicht hinnehmen. Darüber müssen wir reden.“

### 4

**Die Aufgaben des Staates liegen auf einer völlig anderen Ebene: Der Staat kann und darf nicht nach den Regeln der Bergpredigt zum Gewaltverzicht handeln. Er hat das Schwert zu führen (Röm 13,4), um für Sicherheit und Ordnung zu sorgen.**

Die Unterscheidung, die ich hier vorgenommen habe, trifft bereits das Neue Testament selbst in aller Deutlichkeit. Der wichtigste Text ist Röm 13,1–8:

„Es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt. Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes. (...) Wenn du Böses tust, fürchte dich. Denn nicht ohne Grund trägt die staatliche Gewalt das Schwert. (...) Deshalb ist es notwendig, ihr Gehorsam zu leisten, nicht allein aus Furcht vor der Strafe, sondern vor allem um des Gewissens willen. (...) In Gottes Auftrag handeln jene, die Steuern einzuziehen haben. Gebt allen, was ihr ihnen schuldig seid, sei es Steuer oder Zoll, Furcht oder Ehre. Bleibt niemandem etwas schuldig; nur die Liebe schuldet ihr einander immer.“

Paulus unterscheidet hier auf das sorgfältigste zwischen dem Staat und den christlichen Gemeinden: Der Staat hat die Aufgabe, für Ordnung zu sorgen.

Deshalb trägt er das Schwert, deshalb darf er Gewalt gebrauchen. (Paulus setzt natürlich voraus, dass es sich um einen Rechtsstaat handelt, und er setzt voraus, dass Recht nicht gleich Rache ist.)

Der Staat hat die Pflicht, Recht herzustellen und jedem Unrecht zu wehren. Dazu gehört in der heutigen Situation auch die Pflicht, gegen Terroristen vorzugehen und gegen alle, die sie unterstützen. Wenn staatliche Organe denen, die Unrecht tun, auch noch die andere Backe hinhielten, würden sie sich versündigen.

Paulus denkt also gar nicht daran, die Ordnungsaufgaben des Staates kleinzureden oder sie gar in Frage zu stellen. Aber er unterscheidet. Für die christlichen Gemeinden gibt es ein 'Mehr', das weit hinausgeht über das, was des Staates ist. Wenn Paulus am Ende seiner Ermahnung formuliert: „Bleibt niemandem etwas schuldig. Nur die Agape schuldet ihr einander immer“ (Röm 13,8), so weist er damit die Gemeinde in Rom auf das hin, was ihr Eigenes ist, ihr unterscheidend Christliches, ihr Vermächtnis von Jesus her, das, was der Staat niemals leisten kann und was von ihm auch gar nicht verlangt werden darf: die gegenseitige Agape.

Sie wird möglich, wenn Menschen, die ihr Leben miteinander verbunden haben, einander immer wieder vergeben und sich gegenseitig ein Leben in der Versöhnung ermöglichen. Diesen gemeinsamen Boden eines Lebens aus der täglichen Versöhnung setzt auch die Bergpredigt – genau wie Paulus – voraus. Die Bergpredigt ist also nicht an den Staat, sondern an die Jünergemeinde gerichtet. Wenn die Kirche Jesus, ihrem Herrn, nachfolgt, wird in ihr Neues möglich: eine andere Art von Gesellschaft.

Diese neue Gesellschaft aus der Bergpredigt bedeutet kein Sich-Verschließen vor der Welt und erst recht keinen Rückzug ins Ghetto. Sie will gerade Welt und Gesellschaft verändern, weiß aber, dass dies nicht mit einem Schlag möglich ist, sondern dass solche Änderung konkrete Orte braucht, Vororte, Lebenswelten, Gemeinden.

Dass solche Gemeinden existieren können, ist eine der großen Aufgaben des freiheitlichen Rechts-Staates. Damit ist nun aber gerade nicht gemeint, der Staat solle die kirchlichen Gemeinden mitfinanzieren, indem er für sie etwa die Kirchensteuer einzieht oder ihnen Zuschüsse für ihre Sozialarbeit gewährt. Gemeint ist auch nicht, dass er ihnen Sonderrechte einräumt. Gemeint ist vielmehr, dass er ihnen garantiert, sich in Freiheit versammeln zu können.

### 5

**Indem der Rechtsstaat durch sein Gewaltmonopol Freiheit und Sicherheit ermöglicht, schafft er den christlichen Gemeinden den Raum, die „neue Familie“ der Bergpredigt zu leben.**

Es ist vielleicht gut, an dieser Stelle einmal sehr konkret zu werden: Wir haben zu diesem Vortrag in Wangen Plakate ausgehängt. Und wir befinden uns hier in einem Raum, in dem wir uns frei versammelt haben. Niemand durfte uns daran hindern. Diese Zusammenkunft wird getragen von der Integrierten Gemeinde Wangen, deren Rechtsträger die „Elitzer Kommunität“ ist, ein eingetragener Verein. Wir genießen als Bürger also nicht nur Versammlungsfreiheit, sondern auch Vereinigungsfreiheit. Mehr noch: Wir haben das Recht auf Redefreiheit. Der Staat darf mir nicht vorschreiben, was ich hier sage, solange ich nicht gegen das Grundgesetz verstoße. Ich konnte gestern von Bad Tölz nach Wangen fahren, ohne behördliche Sondererlaubnis, ohne eine staatliche Reise-genehmigung. Und morgen früh werden wir in diesem Saal Gottesdienst halten – in aller Freiheit. Der Staat darf uns nicht hereinreden.

All das ist uns im Grundgesetz garantiert: Redefreiheit (Art. 5 GG), Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), die Freizügigkeit, uns zu bewegen (Art. 11 GG), die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG). Was ich jetzt aufgezählt habe, mag Ihnen selbstverständlich sein – und ist doch alles andere als eine Selbstverständ-

lichkeit. Jeder, der die europäische Geschichte kennt, und jeder der weiß, wie es in Staaten aussieht, die einem anderen Kulturkreis angehören, zum Beispiel in Saudi-Arabien oder in China, der weiß auch, was für ein Fortschritt es ist, dass wir in einem Staat leben können, der uns die freie Ausübung unseres Glaubens mit allem, was dazu gehört, garantiert.

Denn das heißt doch: Der Staat, der selber Ordnung nur mit legalisierter Gewalt herstellen kann, also mit Polizei, Staatsanwälten, Gerichten, Strafanstalten, räumt uns die Möglichkeit ein, mitten in einer Gesellschaft, die auf eben diese Weise von Gewalt bestimmt ist, im Kleinen eine Gesellschaft ganz anderer Art zu leben, die von anderen Voraussetzungen ausgeht: von Gewaltlosigkeit, von ständiger Versöhnung, von Vertrauen zueinander, von dem, was das Neue Testament Agape nennt.

An dieser Stelle ist es höchste Zeit, einen Text zu zitieren, der in einem gemeinsamen Lehrschreiben der katholischen Bischöfe Deutschlands steht, das sie am 27. September 2000 veröffentlicht haben. Das Lehrschreiben heißt: „Gerechter Friede“. Besonders sein biblischer Teil ist hervorragend. In diesem Schreiben der deutschen Bischöfe heißt es:

„Das Neue Testament führt uns in eine hochspannte Situation. Mitten in dem Frieden, wo Gewalt durch eine ihrerseits gewaltbewehrte Rechtsordnung verhindert wird – im Idealfall mit Erfolg, allzu oft leider ohne Erfolg –, beginnt der größere, von Gott eigentlich gewollte Friede Fuß zu fassen, der keine Gewalt mehr braucht. Es ist der messianische Friede, der allen Menschen angeboten ist.“ (Gerechter Friede 51)

„Die Mechanismen der Gewaltbändigung und Gewaltvorbeugung wurden entwickelt, um den Frieden zu sichern. Das entspricht der Vernunft und ist sachgemäß. Der Friede des messianischen Gottesvolkes setzt dagegen das Wunder voraus, dass Menschen Gott und einander vorbehaltlos vertrauen und deswegen auf Gewalt verzichten können.“ (Gerechter Friede 56)

Der letzte Satz ist entscheidend: Bei der Art, wie unsere Gesellschaft gebaut ist, können wir einander nicht vorbehaltlos vertrauen. Weil wir das nicht tun und weil wir es gar nicht dürfen, tragen wir ständig seltsam geformte Metallteile mit uns herum, Schlüssel genannt.

Das große Wunder ist, dass Gott mitten in einer derart misstrauischen und von Kontrollmechanismen durchsetzten Gesellschaft (unsere Türschlösser sind da nur ein winziges Detail) das Neue wachsen lässt, wo Menschen einander vorbehaltlos vertrauen können. Das meinen die Bischöfe und das meint das Neue Testament mit dem „messianischen Frieden“, der schon begonnen hat. Die christlichen Gemeinden sind etwas Neues in der Welt. Sie müssten es zumindest sein. Aber wenden wir uns jetzt zuerst noch genauer dem Staat zu, seinen Möglichkeiten und seinen Pflichten.

## 6

**Die aktuelle Frage, ob ein Staat heute überhaupt noch Krieg führen darf, um für Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen, ist eine Frage des Naturrechts und nicht eine Frage, die von der Bergpredigt her entschieden werden könnte.**

Ich finde es sehr gut, dass die katholischen Bischöfe und der Papst in dieser Frage immer naturrechtlich (das heißt mit dem, was der allgemeinen Vernunft einsichtig ist) argumentiert haben und niemals mit der Bergpredigt. Sie haben auch niemals einen gerechten Krieg völlig ausgeschlossen, sondern ihn als eine „allerletzte Möglichkeit im extremen Notfall“ bezeichnet. Das unterscheidet die katholische Kirche von rein pazifistischen Richtungen. Ich zitiere einen Text aus dem Bischofswort „Gerechter Friede“, von dem gerade schon die Rede war:

„Die Pflicht, politisches Handeln am Prinzip der Gewaltfreiheit im Sinne der Gewaltvorbeugung und Gewaltminderung auszurichten, bewahrt niemanden vor der Möglichkeit, dass er in Konfliktsituationen gerät. Das Prinzip der Gewaltfreiheit kann mit der Pflicht konkurrieren, Menschen davor zu schützen, massivem Unrecht und brutaler Gewalt wehrlos ausgeliefert zu sein. Dann hat man den Unschuldigen, Schwachen und Bedrängten beizustehen. Nicht selten kann sich die Frage stellen, ob es erlaubt oder sogar geboten ist, sich für Gegengewalt als das kleinere Übel zu entscheiden. Unerlässlich ist es zumindest, in jedem Fall ausdrücklich eine sorgfältige Güterabwägung vorzunehmen.“ (Gerechter Friede 67)

Sie merken sicher, dass hier nicht von der Bergpredigt her argumentiert wird, also auch nicht vom Leben einer christlichen Gemeinde her, sondern von der Situation in der Gesamtgesellschaft, wo es einfach notwendig ist, dass Gewalt mit der legalisierten Gewalt des Staates eingedämmt wird.

Also: Einer Bande, die nachts auf den Straßen Passanten überfällt, muss mit der Gewalt des Staates das Handwerk gelegt werden. Übertragen auf internationale Verhältnisse: Einem Staat, der sich wie eine Räuberbande aufführt, muss von der Staatengemeinschaft das Handwerk gelegt werden. Darüber gibt es im internationalen Recht keinen Dissens.

Die Frage ist nur, auf welche Weise das geschehen kann, und ob Krieg dabei ein legitimes Mittel ist. Einigkeit besteht im klassischen Völkerrecht darin: Sobald ein Staat einen anderen überfällt, darf der überfallene Staat sich – unter Einhaltung bestimmter Bedingungen – verteidigen. Das wäre dann der sogenannte „gerechte Verteidigungskrieg“. Der Golfkrieg im Jahre 1991 war ein gerechter Verteidigungskrieg. Saddam Hussein hatte Kuwait überfallen.

Die Frage ist freilich, ob man mit der alten Lehre vom „gerechten Verteidigungskrieg“ all unsere modernen Probleme lösen kann.

## 7

**Bei dieser Frage ist zu bedenken, dass sowohl der Staat als auch der Krieg ihr Gesicht gewandelt haben: Es gibt kaum noch den isolierten Nationalstaat. Auch der Krieg in seiner klassischen Gestalt wird mehr und mehr abgelöst durch neue Kriegsformen.**

Die Lehre vom „gerechten Verteidigungskrieg“ ging vom Einzelstaat, vom Nationalstaat aus. Aber derartige Nationalstaaten, die, jeder für sich, ihre eigene Politik machen, gibt es kaum noch. Betrachten wir doch die Bundesrepublik: Sie ist eingebunden in die EU, eingebunden in die NATO, eingebunden in die UNO, eingebunden in ein ganz spezifisches Verhältnis mit den USA. Und das ist auch gut so. Wir merken ja zur Zeit, welche Erschütterungen es auslöst, wenn diese Bindungen gelockert werden.

Von den heutigen übernationalen Bindungen her wird man die Lehre vom gerechten Verteidigungskrieg neu überdenken müssen. Steuern wir auf einen Zustand zu, wo man die Völker als eine einzige Staatengemeinschaft betrachten muss, in der es – notgedrungen – so etwas wie eine Weltpolizei geben wird?

Damit hängt zusammen, dass es auch die Kriege in ihrer klassischen Form immer weniger gibt: Gemeint sind die Kriege, wie sie in den letzten 400 Jahren von Nationalstaaten geführt wurden. Zu solchen Kriegen gehörte: Rüstung, die so teuer war, dass sie sich Privatleute nicht leisten konnten, eine offizielle Kriegserklärung, der Aufmarsch regulärer Armeen, eine oder mehrere Schlachten, die den gesamten Krieg entschieden, Waffenstillstand, Friedensschluss. Diese klassische Kriegsform wird heute weithin abgelöst durch

„ein neues Kriegsbild, das wohl in Afrika am klarsten in Erscheinung tritt, phasenweise aber auch während der Balkankriege zu beobachten war. Reguläre Truppen beteiligen sich ebenso an den Kämpfen wie Partisanen- bzw. Guerillaeinheiten und bandenähnliche Gruppen, die von sogenannten Warlords (Kriegsführern) geführt werden. Dieses Phänomen erschwert es, zwischen Soldaten und Zivilisten zu unterscheiden.“ (Gerechter Friede 6)

Bei dieser neuen Art von Kriegen, die nur schwer von fortgesetzten Terror-Aktionen zu unterscheiden sind, gibt es oft gar keine Kriegserklärung mehr. Von hier aus stellt sich zum Beispiel die Frage: Wollen die USA durch einen Präventiv-Krieg weiteren Krieg verhindern oder befinden sie sich schon längst im Krieg?

Entscheidend bei dieser Gestaltwandlung des Krieges ist auch folgendes: Inzwischen können hochentwickelte moderne Waffen, zum Beispiel Boden-Luft-Raketen, auch von Privatleuten bezahlt werden. Sie werden im internationalen Waffenhandel, der immer größere Ausmaße annimmt, privat gehandelt. Das macht die Lage immer gefährlicher. Sobald eines Tages auch ABC-Waffen im

Handel sind – oder sind sie es schon? – werden wir mit der alten Lehre vom „gerechten Verteidigungskrieg“ nicht mehr durchkommen.

## 8

**Bei der im Augenblick heiß diskutierten Frage nach der Erlaubtheit eines Präventiv-Krieges ist zu beachten, dass sich auch der Sachverhalt der „unmittelbaren Bedrohung“ gewandelt haben könnte: Sind ABC-Waffen in der Hand von Fanatikern noch keine „unmittelbare Bedrohung“? Die Frage, ob bereits eine „unmittelbare Bedrohung“ vorliegt oder noch nicht, muss letztlich mit politischem Sachverstand entschieden werden.**

Die Juristen und Völkerrechtler diskutieren heute über den Begriff der „unmittelbaren Bedrohung“. Sie sagen mit Recht: Die Bedrohung muss nicht nur „unmittelbar“, sie muss auch „offensichtlich“ sein. Nehmen wir ein Beispiel aus einem ganz anderen Bereich, nehmen wir den Fall privater Notwehr.

In der Nacht kommt jemand auf Sie zu, packt Sie am Handgelenk und zieht ein feststehendes Messer. Sie wehren sich wirkungsvoll und mit Erfolg. Jeder Richter spräche Sie frei, selbst wenn Sie dabei dem Angreifer schwersten Schaden zugefügt hätten. Die Bedrohung durch den Angreifer war unmittelbar und sie war auch offensichtlich.

Bei den klassischen Kriegen konnte man dieses Begriffsinstrumentarium auf den internationalen Bereich übertragen: Bei unmittelbarem und offensichtlichem Angriff befand man sich in der Situation gerechter Verteidigung. Aber wir haben ja schon gesehen, dass die modernen Kriege ihr Gesicht gewandelt haben.

Deshalb sagt die Bush-Doktrin von 2002: Was eine unmittelbar drohende Gefahr ist, muss unter Berücksichtigung heutiger Umstände definiert werden. Und heute gibt es erstens Massenvernichtungswaffen, die viel gefährlicher sind als alle früheren Waffen. Zweitens gibt es Selbstmord-Attentäter, die verdeckt angreifen, wo also zur Selbstverteidigung keine Zeit mehr ist. Und drittens gibt es Hochrisiko-Staaten, deren Politik völlig unberechenbar und äußerst schwer einzuschätzen ist. Darf man in dieser Gesamtkonstellation zuwarten, bis die Gefahr unmittelbar und offensichtlich ist? Was heißt in einem solchen Fall überhaupt „unmittelbare Gefahr“? Machen wir uns das Problem wieder an einem Beispiel aus dem mehr privaten Bereich klar:

Sie wohnen in einem Reihenhaus, und haben Indizien dafür – ganz sicher wissen Sie es allerdings nicht –, dass Ihr Nachbar, der auf alle den Eindruck eines Psychopathen macht, mit Sprengstoff experimentiert. Werden Sie dann zuwarten, bis Sie wissen, dass die Gefahr „unmittelbar“ und „offensichtlich“ ist? Doch auf keinen Fall. Sie werden die Polizei auf den Nachbarn aufmerksam machen. Die Polizei wird sich eine richterliche Erlaubnis für eine Hausdurchsuchung besorgen und diese Hausdurchsuchung mit

polizeilicher Gewalt – auch gegen eventuellen Widerstand – durchführen. Niemand kann Ihnen zumuten zu warten, bis Ihr Haus tatsächlich in die Luft fliegt. Im Jahre 1981 zerstörten israelische Kampfflugzeuge den irakischen Atomreaktor in Osirak und warfen damit das irakische Nuklearprogramm um 15 Jahre zurück. Zu Recht? Zu Unrecht?

Es ist wohl deutlich, wie schwer es geworden ist, unserer heutigen Situation mit den alten Begriffen gerecht zu werden. Deshalb ist ein Blick auf die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte hilfreich.

## 9

**Bei der Frage nach der Erlaubtheit eines heutigen Präventiv-Krieges sind vor allem auch die geschichtlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts einzubringen: Hätten die Millionenmorde Hitlers mit der Ausschöpfung aller diplomatischen Möglichkeiten oder mit verschärfter internationaler Kontrolle verhindert werden können?**

Die Historiker sprechen für die 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts von der sogenannten Appeasement-Politik, also von der Beschwichtigungspolitik der Siegermächte des 1. Weltkriegs. Sie hat sich niedergeschlagen im Münchner Abkommen vom September 1938. Hitler benutzte dieses Abkommen, das Deutschland die Besetzung des Sudetengebietes zugestand, um die gesamte Tschechoslowakei zu zerschlagen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte eine präventive Besetzung Nazideutschlands im Herbst 1938 die weitaus größere Katastrophe des 2. Weltkriegs und den Tod von 6 Millionen Juden verhindern können.

Ein Mann wie Hitler hätte beseitigt werden müssen. Auch auf Verträge mit ihm durfte man sich nicht verlassen. Das ist heute – im Nachhinein – leicht gesagt. Damals war eine Entscheidung viel schwieriger. Aber müssen wir nicht aus all dem lernen?

## 10

**Der Christ hat – wie alle Staatsbürger – viele Möglichkeiten der Friedensarbeit und sogar der vorbeugenden Kriegsverhinderung. Doch die spezifische Friedensarbeit, die nur er leisten kann, ist die Mitarbeit beim Aufbau lebendiger Gemeinden, die nach der Verheißung von Jes 2 und nach dem gewaltlosen Weg Jesu Christi leben.**

Diese letzte These ist mir die wichtigste. Sie stellt zunächst einmal klar, dass es für den Christen, sofern er Staatsbürger ist, viele Möglichkeiten gibt, Arbeit für den Frieden zu leisten. Ja, ich hätte eigentlich noch viel deutlicher formulieren müssen. Er hat nicht nur die Möglichkeit zur allgemeinen Friedensarbeit, sie ist sogar seine Pflicht.

Das schon mehrfach zitierte Schreiben unserer Bischöfe ist in diesem Punkt sehr deutlich. Es spricht in über hundert Paragraphen von diesen Möglichkeiten und Pflichten allgemeiner Friedensarbeit für die Christen.

Es würde viel zu weit führen, das jetzt alles aufzuzählen. Ich erinnere Sie nur daran, was es in unseren Zivilgemeinden, in unseren Gemeinderäten, in unseren Schulen, Vereinen und überhaupt in der Öffentlichkeit alles an Möglichkeiten gibt, Missverständnisse zu beseitigen, Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen, Konflikte fair auszutragen, zum Frieden zu erziehen, für Frieden einzutreten. Bei all dem müssen wir uns als Christen beteiligen.

Und doch wäre mit all dem das unterscheidend Christliche, das, was nur wir Christen für die anderen leisten können, noch gar nicht erreicht. Ich darf an dieser Stelle wieder das Wort der deutschen Bischöfe mit einem seiner wichtigsten Texte zitieren, einem Text, wie er in dieser biblischen Klarheit und Eindeutigkeit nie zuvor von unseren Bischöfen formuliert worden ist:

„Der wichtigste Beitrag, den die Kirche zum Frieden in der Welt zu leisten hat, besteht darin, dass sie in sich selbst zum ‘ Sakrament des Friedens ’ wird, zum Zeichen, an dem die gewaltbestimmte Schöpfung sich in ihrer Friedenssuche orientieren kann.“ (Ge rechter Friede 10)

Die Kirche wird also hier als „Sakrament des Friedens“ bezeichnet. Führen wir uns kurz vor Augen, was ein Sakrament ist. Jedes Sakrament ist ein sichtbares Zeichen, das gerade durch die Setzung des Zeichens Heil und Rettung vermittelt. Die Kirche, wird hier gesagt, hat nicht nur sieben Sakramente, sondern sie ist selbst Sakrament – das heißt sie ist in der Welt ein sichtbares Zeichen, welches durch seine Zeichenhaftigkeit Heil schenkt.

Das ist jetzt alles noch sehr abstrakt. Deshalb sage ich es konkreter: Wenn unsere Gemeinden Orte wären, wo man sich immer wieder versöhnt, wo Konflikte im Geist der Brüderlichkeit gelöst würden, wo man einander rückhaltlos vertraute, dann hätte in ihnen der messianische Friede schon begonnen.

Solche Gemeinden zu schaffen, ist unsere eigentliche Aufgabe. Stellen Sie sich die riesige Zahl von getauften Christen vor, die es in der Welt gibt. Stellen Sie sich vor, all diese Christen würden den Frieden Jesu Christi leben. Die Welt wäre nicht mehr wiederzuerkennen.

Aber ich habe jetzt etwas ganz Gefährliches gesagt. Ich habe gesagt, solche Gemeinden zu schaffen, sei unsere eigentliche Aufgabe. Das darf so nicht stehen bleiben, denn wir können sie gar nicht schaffen. Es kann sie nur Einer schaffen: der sein Leben für das Gottesvolk und damit für die Welt hingegeben hat – in absoluter Gewaltlosigkeit, damit die Gewalt ein Ende finde. Nur wer IHM nachfolgt, kann selbst die Versöhnung, die Gewaltlosigkeit und den wirklichen Frieden leben.

In jeder Eucharistiefeier werden wir ermächtigt und ausgesandt, diesen messianischen Frieden Jesu zu beginnen. „Der Friede sei mit euch!“ und „Gehet hin in Frieden!“ heißt es da jedesmal. Hier liegt unsere ganze Kraft.